

**II-3906 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 1940/J

1986-03-05

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Paulitsch, Deutschmann, Dkfm. Gorton und Kollegen

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend Volksgruppenfrage

Anlässlich des Ausfluges der in Wien akkreditierten Diplomaten nach Kärnten hat Bundesminister Gratz der Kärntner Tageszeitung am 19.1.1986 ein Interview gegeben und im Zusammenhang mit der Volksgruppenfrage festgestellt, daß Österreich die Minderheitenschutzbestimmungen des Staatsvertrages erfüllt. Im gleichen Zusammenhang stellte der Außenminister weiters fest, daß Jugoslawien kein formelles Interventionsrecht in dieser Angelegenheit besitzt. Im Gegensatz dazu wird sowohl von slowenischen Zeitungen (Delo-Laibach) als auch von in Kärnten erscheinenden Wochenzeitungen (Nâs Tednik und Slovenski Vestnik) fortlaufend und nachhaltig immer wieder festgestellt, daß Österreich noch immer nicht den Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages erfüllt hat. Immer wieder erfolgen auch Hinweise auf mögliche Aktivitäten bei internationalen Institutionen, wie bei der UNO oder beim Europarat, die Österreich zur Erfüllung des Staatsvertrages in der Volksgruppenfrage verpflichten sollten.

In diesem Zusammenhang wird oftmals auch an die Verpflichtung des Mutterstaates Jugoslawien appelliert, die Interessen der "jugoslawischen" Minderheiten in Österreich stärker und nachhaltiger zu vertreten. Im Gegensatz dazu wird von offizieller jugoslawischer Seite immer wieder festgestellt, daß das Verhältnis zum Nachbarstaat Österreich gut und freundschaftlich sei.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

- 1) Wurde von offizieller jugoslawischer Seite in der Frage der Volksgruppen Österreich damit befaßt, daß Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages nicht oder nicht zur Gänze erfüllt seien?
- 2) Sehen Sie in der fortlaufenden Kritik von in Slowenien und in Österreich erscheinenden slowenischen Zeitungen und von Vertretern der slowenischen Volksgruppe in Österreich betreffend die Nichterfüllung des Staatsvertrages durch Österreich eine Belastung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Österreich?
- 3) Wurden gegenüber dem österreichischen Außenministerium im Zusammenhang mit dem in Kärnten durchgeföhrten Volksbegehren in der Volksgruppenschulfrage von jugoslawischer Seite Bedenken geäußert?
- 4) Wenn ja, in welcher Form und wie hat das Außenministerium darauf reagiert?
- 5) Wurde von jugoslawischer Seite der Versuch unternommen, Vorstellungen über die adäquate Regelung der Schulfragen in den zweisprachigen Gebieten Kärntens vorzuschlagen?
- 6) Wurden Sie auf internationaler Ebene offiziell um eine Darlegung des österreichischen Standpunkts in der Volksgruppenfrage in Österreich ersucht?